

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angebrochen. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

5 Pfennig

Donnerstag  
12. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Vereidigung von Dr. Simons.

### Ansprachen von Löbe und Dr. Simons.

Heute mittag erfolgte im Reichstag die Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten.

Als um 12 Uhr 3 Min. die Glocken zum Beginn der Sitzung läuteten, sind bereits zahlreiche Abgeordnete und Regierungsvertreter im Saal anwesend, durchweg in schwarzer Kleidung. Auf der Presse tribüne haben wie immer an den großen Tagen Photographen Aufnahmen genommen und harren des Augenblicks, wo sie eine Zeitaufnahme machen können, denn bei der Beleuchtung des Saales durch das Glasdach, auf dem Schnee liegt, ist mit einer Momentaufnahme ein druckfähiges Ergebnis nicht zu erzielen. Die Diplomatenloge ist stark besetzt.

In dem Augenblick, wo Präsident Löbe auf seinem Platz erscheint, ist auch die gesamte Reichsregierung, mit Ausnahme Luthers, und gleichzeitig mit ihr der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons im Saal erschienen, der nun bis auf die leeren Plätze der Kommunisten und der Volksrechtler nicht gefüllt ist. Der Präsident unterläßt die übliche Eröffnungsformel für Reichstagsöffnungen.

Während sich alle Anwesenden erheben, richtet

der Reichstagspräsident

folgende Ansprache an Dr. Simons:

Herr Reichspräsident! Nach dem plötzlichen und tiefbegriffenen Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß auch sein Vertreter den im Artikel 42 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstag ablegt. Ich habe die Mitglieder des Reichstags zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen, erlaube mir Ihnen die Eidesformel zu überreichen und bitte Sie, den Eid abzulesen.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons

spricht folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Von dem Recht, der Eidesformel eine religiöse Betonung anzufügen, machte der stellvertretende Reichspräsident keinen Gebrauch.

Reichstagspräsident Löbe:

Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß Sie das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohl des Landes und des deutschen Volkes verwaltet werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperhaft, die diese Wahl getroffen, meinen herzlichsten Glückwunsch aus.

## Die Verwirrung der Sammler.

1,20 Uhr mittags.

Augenblicklich wird die Meldung verbreitet, daß die Volkspartei eine Kandidatur Gehler abgelehnt habe und auf Jarres unbedingt bestehen wolle.

Das Zentrum, dessen Parteiausschuss wieder zusammengetreten ist, will an einer Kandidatur Marx festhalten. Wie die Lage sich eine Viertelstunde später gestalten wird, kann allerdings kein Mensch wissen.

## Der deutschnationale Fuchs im Eisen.

Dr. Vest betrügt den Sparerverband.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstages beriet heute über den sozialdemokratischen Antrag, die Dritte Steuernotverordnung am 31. März aufzuheben. Ein dazu gestellter Antrag Vest schlägt die Aufhebung nicht auf den 31. März, sondern auf den 31. Mai vor. Gleichzeitig wollte dieser Antrag Vest der Regierung zuvorkommen und die Fristen für die Annahme von Ansprüchen, die am 31. März ablaufen, auf einige Monate verlängern, nachdem die Regierung ihre Aufwertungsvoelage immer noch nicht gebracht hat.

Vom Abg. Keil wurde gegen diesen Freundschaftsdiens zugunsten der Regierung Einspruch erhoben. Die Regierung kündigte darauf einen eigenen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Fristen für die nächsten Tage an. Bezüglich der Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung hielt unsere Fraktion an dem Termin des 31. März fest.

Genosse Keil wies darauf hin, daß die durch einstimmige Annahme des Antrages Reichthofer gelebte neue Frist von drei bis vier Tagen für Einbringung der Aufwertungsvoelage

wiederum von der Regierung nicht eingehalten worden sei.

Es bleibe daher nichts anderes übrig, als sofort auf der Grundlage des dem Ausschuss überwiesenen bekannten Vest'schen Entwurfs in die Beratung der Materie einzutreten. Dieses Verlangen wurde von keiner Partei unterstützt. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung am 31. März wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt, auch von den deutschnationalen, die im vorigen Jahre bereits Aufhebung ab 31. Juli beantragt hatten. Beschlossen wurde, die Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung auf 31. Mai, womit den Wählern bei der Präsidentenwahl aufs neue Sand in die Augen gestreut werden soll.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons:

Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses hohen Hauses dargebracht haben, und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl — das Gesetz sagt es klar —, daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung zuzuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob, und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Nichtertums, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das innere Gebot der Unparteilichkeit. Von dem viel betrauernten Toten, den ich vertritt, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe. Aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seinem Rechte die Festigkeit zu wahren, damit ich sie unversehrt in die Hände des Mannes legen kann, den ich bald zum ersten Male in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es staatslich geeint ist, in freier unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt führen wird. (Lebhafte Beifallsrufe.)

Mit einem Handdruck verabschiedete sich der stellvertretende Reichspräsident von dem Reichstagspräsidenten. Damit war der feierliche Akt beendet.

Der ganze feierliche Akt dauerte nur wenige Minuten, wirkte jedoch sehr würdig und eindrucksvoll. Eine Störung verursachte es nur, daß der Reichskanzler Dr. Luther, der zu Beginn nicht anwesend war, inmitten der Feierlichkeit plötzlich herbeigekürzt kam. Manche wollen in diesem verspäteten Eintreffen eine kleine Demonstration erblicken, da der Reichskanzler Dr. Luther schwerlich damit einverstanden ist, daß es der Reichstag so eilig hatte, ihm die Stellvertretung des Reichspräsidenten abzunehmen.

Die Ansprache des stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons machte auf die Versammlung einen ausgezeichneten Eindruck. Noch einmal klang in den Worten des provisorischen Nachfolgers das hohe Lob Friedrich Eberts durch den Saal.

Um 12,10 Uhr war die Feierlichkeit beendet. Die Funktionen des Staatsoberhauptes waren an den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons übergegangen, und Herr Dr. Luther hatte aufgehört, stellvertretender Reichspräsident zu sein.

Die Kommunisten waren diesmal taktvoll genug, der Versammlung fern zu bleiben und sie nicht durch den üblichen Standal zu stören.

Bei dem von dem deutschnationalen Abg. Vest gestellten Antrag, auch die Verordnung vom 4. Dezember 1924, und zwar mit Rückwirkung aufzuheben,

wurde der Antragsteller von seiner eigenen Fraktion im Stich gelassen.

worauf er selbst nicht mehr den Mut hatte, für seinen Antrag zu stimmen.

Noch interessanter war die Haltung der Deutschnationalen zu dem Antrag ihres Abg. Vest, auch die Vorschriften über die Hauszinssteuer am 31. Mai aufzuheben.

Für unsere Fraktion erklärte Genosse Keil sofort, daß sie entsprechend ihrer bisherigen Haltung dem Antrag zustimme, aber dann auf die rasche Erledigung ihres alten Antrages dränge, wonach der Wohnungsbau durch eine besondere Wohnungsaufgabe gefördert werden soll.

Dem Finanzminister von Schlieben verurteilte diese Erklärung Unbehagen, und er bemühte sich, unsere Genossen von der Zustimmung zum Antrag Vest zurückzuhalten. Da es ihm nicht gelang, beschwor er seine deutschnationalen Gesinnungsfreunde, doch um Himmels willen die Hauszinssteuer nicht aufzuheben, auf die im Interesse des Finanzausgleichs für eine Reihe von Jahren nicht verzichtet werden kann.

Darauf rüde der deutschnationale Führer Dr. Hergt von seinem Kollegen Vest ab,

was diesen wieder veranlaßte, für die Aufhebung der Hauszinssteuer stat. des 31. Mai den 31. Oktober zu wählen. Unsere Genossen hielten indessen am 31. Mai fest, wurden aber von der Regierungspartei einschließlich des Herrn Vest überstimmt, und als darauf über den Vest'schen Antrag, den 31. Oktober für die Aufhebung anzusehen, abgestimmt werden sollte, zog Herr Vest seinen Antrag ganz zurück.

So erwies sich die Anträge der Deutschnationalen Punkt für Punkt als elender Schwindel, den sie selbst prologieren müssen, wenn sie gerungen werden. Farbe zu bekennen.

Bemerkenswert war noch die vom Genossen Keil unter Zustimmung des ganzen Ausschusses getroffene Feststellung, daß trotz der Anwesenheit von vier Ministern eine Erklärung darüber, ob und wann endlich die angekündigte Aufwertungsvoelage komme, nicht abgegeben worden sei. Herr von Schlieben erwähnte darauf zögernd, die Vorlage liege bereits dem Kabinett vor und habe es schon mehrfach beschäftigt. Eine Beschlussfassung ist aber noch nicht erfolgt, auch an den Reichstag ist die Vorlage noch nicht gelangt.

## In Loebells Sammelküche.

Stachende Einigkeit.

Siebzehn Tage nur bis zum Tage der Präsidentenwahl. Aller Augen sind auf diesen Tag gerichtet. Die sozialdemokratischen Vertrauensleute und Helfer sind bereits in Stadt und Land unterwegs, um dem Kandidaten der Partei, dem Freund und langjährigen Vertrauten Eberts, Otto Braun, Stimmen zu werben. Die Sozialdemokraten wissen, was auf dem Spiel steht, sie setzen alle ihre Kräfte daran, für den republikanischen Gedanken einem wirklich republikanischen Repräsentanten zum Siege zu verhelfen.

Inzwischen wird in der Küche des „Bürgerrats“ der Sammelbrot der Reaktion gekocht oder zu kochen versucht. Oberloch ist jener frühere königlich preussische Minister des Innern von Loebell, an den der Großagrarier Oldenburg-Januschau, während das Volk im Kriege hungerte, den bekannten Brief schrieb, an den heute wieder einmal erinnert werden muß:

Liebe Erzellenz Friß!

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Zügelverwaltung los zu sein. — Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht, und so machen es viele. Weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Socke mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in der Pöfelkonne verkauft. Die Erntelöhner auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entloosen.

Die „Erzellenz Friß“ ist der Loebell. Er war preussischer Innenminister und hätte gegen den obstruierenden Agrarier die härtesten Maßnahmen treffen müssen. Er tat nichts, denn der Agrarier war sein Freund.

Dieser Loebell macht jetzt den Präsidenten der Republik! Oder er möchte ihn machen, und die geschäftigen Helfer laufen ab und zu, feden die Köpfe zusammen und auseinander, beraten und broten und bekommen den Kuchen doch nicht fertig.

Wie die Dinge gestern abend standen, haben unsere Leser aus dem Morgenblatt gesehen. Heute sind sie keineswegs klarer geworden. Denn jetzt nehmen die Parteiblätter Stellung zu den Personen und Problemen und siehe da — die bürgerliche „Einheitsfront“ bricht trachend auseinander.

Stegerwald ist schon in der Verfertigung verschwunden, trotzdem es nicht ohne Reiz gewesen wäre, wenn die Schwerindustrie und die Großagrarier als Nachfolger des „Saitlergesellen“ den „Tischlergesellen“ als ihren Kandidaten proklamiert hätten, weil sie für einen Hugenberg oder Thyssen keine Stimmen bekommen würden. Nach Stegerwald war Jarres schon durch Beschluß des Loebell-Ausschusses proklamiert worden, als durch den Brief der Demokraten plötzlich einige Unruhe hervorgerufen wurde. Jetzt wird plötzlich Gehler in den Vordergrund gerückt. Allerdings zum Leidwesen der Siresemänner. „Die Zeit“, ihr Organ, versichert heute mit großer Bestimmtheit, daß der Ausschuss bisher nur Jarres als gemeinsamen Kandidaten ansehe, und fügt hinzu:

„Wir begrüßen den Gedanken einer bürgerlichen Sammelkandidatur, sind aber nicht der Meinung, daß die Entscheidung in der Personenfrage einseitig von den Klassenparteien befehligt oder getroffen werden kann. Die Auffstellung der Kandidatur Jarres ist nach reiflicher Überlegung erfolgt. Die Voraussetzungen, die die Demokratische Partei an die Persönlichkeit des Kandidaten stellt, werden von Dr. Jarres in vollem Maße erfüllt.“

Nun versichert aber gleichzeitig der „Bayerische Kurier“, das führende Blatt der Bayerischen Volkspartei, daß diese eine Kandidatur Dr. Jarres in ihrer überwiegenden Mehrheit scharf ablehnen werde, weil seine staats-, sozial- und kulturpolitischen Auffassungen von der Einstellung der Bayerischen Volkspartei weit abwichen!

Hugenberg läßt im „Lokalanzeiger“ dazu mitteilen, daß der Vertreter der Bayerischen Volkspartei im Loebell-Ausschuss, Domkapitular Leicht, sich mit besonderer Wärme für Gehler eingesetzt habe. Das Zentrum wird deshalb mit aller schwarzweißroter Liebe umgirt, doch ja für Gehler seine Zustimmung zu geben, um die „außerordentlichen moralischen und politischen Vorteile einer einheitlichen Kandidatur aller nichtmarxistischen Parteien“ nicht zu gefährden! Wobei beiläufig vermerkt werden mag, daß das Zentrum von Lanern aus geohrfeigt wird, indem man von dort versichert, daß die Bayerische Volkspartei eine Parole für Marx nicht ausgeben werde, da eine Kandidatur aus dem linken Flügel des Zentrums die „nationalen“ Stimmen nicht bekäme.

Die offen deutschnationalen Presse ist über die Möglichkeit, daß Gehler als Einheitskandidat austauschen könnte, geradezu entsetzt. Die „Nationalpost“ spricht von „einer reinen Parteischiedung“ und von „widerlichem Couloirklatsch“. Die „Deutsche Zeitung“ aber hebt warnend den Finger und beschwört ihre Partei, sich von der Linken nicht umgarnen zu lassen:

Wie aus diesen Meldungen hervorgeht, haben die Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl gestern eine Wendung genommen, die als im höchsten Grade unheilvoll zu bezeichnen ist. Es wäre unbegreiflich, wenn die nationale Rechte der Linken in der Tat die Zugeständnisse machen wollte. Sollen wir mit unserer Befürchtung recht behalten, daß den Wählern ein Produkt von Aufhandels-



gemacht, wenn Reichsbeamte vor Landesparlamenten erscheinen und ausfragen. Es scheint aber, als sei dieser Schritt ergebnislos geblieben. Der Vorsitzende des Preussischen Untersuchungsausschusses habe ihn vor Beginn der Verhandlungen aufgeschoben und ihm versichert, daß die Arbeitsgebiete, die in das Reich des Reiches fallen, im Preussischen Ausschusse nicht zur Erörterung gelangen würden. Vor der Deffektivität müßte festgestellt werden, daß diese Forderung nicht befolgt wurde. Jedemfalls gehe aber das Erscheinen der Zeugen vor dem Reichstagsausschuss dem des Preussischen Ausschusses vor.

Es wird dann der Direktor Eugen Prütchow vernommen, der seit 1914 der Zentralfstelle für Heeresversorgung vorgestanden hat und dann vom Reichswirtschaftsministerium dazu berufen wurde, die Leistung der Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln zu übernehmen. Er sagte aus, daß sich das deutsche Volk nach dem Kriege in einer Verfassung befunden habe, die es notwendig machte, so schnell wie möglich für die Einfuhr von Lebensmitteln zu sorgen. Zu diesem Zwecke sei der diplomatische Ausschuss gegründet worden. Der Zeuge habe die Einfuhr von Lebensmitteln geleitet. Es war der Bedarf an Weizen festzustellen und an die einzelnen Stellen zu verteilen. Es sind damals sehr viele Kaufleute, Banddirektoren, Vertreter verschiedener wirtschaftlicher Organisationen aus den neutralen Ländern zu ihm gekommen, die dem Reich, den Ländern und den Kommunen Waren angeboten haben. Mit Rücksicht auf die Valuta sei das Bestreben dahingegangen, die Einfuhr möglichst an der Reichsstelle zu zentralisieren.

### Die Reichsbahn lehnt Zugeständnisse ab.

#### Morgen Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium

Die wir bereits berichtet haben, begannen heute vormittag 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Sicker Einleitungsverhandlungen zwischen der Hauptbahndirektion der Reichsbahn und den Tariforganisationen der Eisenbahner. Diese Verhandlungen schellerten, weil der Vertreter der Reichsbahn jede allgemeine Lohnverhöhung und Arbeitszeitverkürzung ablehnte.

Der Reichsarbeitsminister hat darauf von sich aus die Einleitung eines Schiedsgerichts angeordnet, das morgen vormittag unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Neues zusammentritt. Die Tariforganisationen der Eisenbahner haben sich verpflichtet, vor dem Zusammentritt des Schiedsgerichts von einer Erweiterung des Eisenbahnerstreiks abzusehen.

Damit haben die Eisenbahnerorganisationen eine äußerste Konzession gemacht und unter ganz besonders schwierigen Umständen ein Maß von Verantwortlichkeitsgefühl gezeigt, das sich vorteilhaft abhebt von der verblendeten Haltung der Hauptverwaltung der Reichsbahn.

### Konflikt in Washington.

#### Niederlage Coolidges im Senat.

Washington, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Senat hat am Mittwoch mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, der vom Präsidenten Coolidge erfolgten Ernennung des früheren Vizepräsidenten in Mexico Warren zum Justizminister nicht zuzustimmen. Zweifellos kommt dieser Beschluß einer Niederlage des Präsidenten gleich. Die Niederlage wurde eigens durch die Abwesenheit des Vizepräsidenten Dawes hervorgerufen, der während der Abstimmung abwesend war. Seine Abwesenheit hätte zu einer Mehrheit für die Regierung geführt. Die Abstimmung schafft jedenfalls einen Präzedenzfall, da der Senat bisher alle vom Präsidenten erfolgten Ernennungen anstandslos genehmigt hat.

Die Hamburger Bürgerschaft hat nach erregter Debatte die dringlichen Anträge des Senats auf Herabsetzung der Zahl der Senatsmitglieder von 16 auf 15 und auf Verringerung des Rotarialscheines angenommen und einen Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl des neuen Senats gewählt.

# Die Zeugenausagen in Magdeburg.

## Sozialdemokraten und Landesverteidigung.

Magdeburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Eröffnung der heutigen Tagung im Prozeß gegen den Verfechter des Reichspräsidenten Ebert stellte die Verteidigung des deutschnationalen Angeklagten Rothardt den Antrag an das Gericht, es möge die Vertreter der sozialdemokratischen Presse, die, wie im ersten Magdeburger Prozeß, gleich hinter dem Angeklagten Platz gefunden haben, von dort entfernen und ihnen andere Plätze anweisen. An die leergewordenen Plätze kamen die Vertreter der „nationalen“ Presse. Das Gericht erklärte, daß es den Vertretern der sozialdemokratischen Presse in der Nachmittagsitzung andere Plätze anweisen werde, schloß sich also den Argumenten der deutschnationalen Verteidigung, die sich in der Nähe der Sozialdemokraten unbehaglich fühlt, an. Ob das Verständnis für die missliche Lage der Verteidigung und des Angeklagten so weit geht, daß die beiden Presserichtungen einfach ihre Plätze wechseln können, wird erst am Nachmittag zu sehen sein.

#### B. S. Magdeburg, 12. März.

Am heutigen dritten Verhandlungstage wurde die Sitzung mit halbständiger Verspätung eröffnet. Gleich zu Beginn teilte der Vorsitzende mit, daß das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Ladung des ehemaligen preussischen Handelsministers Siering und dem Antrag der Verteidigung auf Ladung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dandl stattgegeben habe. Dann sollten die für heute geladenen Zeugen ausgesprochen werden, und zwar Redakteur Unger, Redakteur Franke, Gewerkschaftssekretär Brodat, Parteisekretär Busch, Expediteur Reinhardt und der Sekretär des Arbeiterbildungsausschusses Weimann. Da sich aber herausstellte, daß diese Zeugen, die sämtlich aus Berlin kommen, noch nicht erschienen waren, wurde zunächst eine Reichstagsrede Eberts vom 22. Oktober 1918 verlesen, auf die sich der verstorbene Reichspräsident bei einer Versammlung im Dezember vorigen Jahres für seine Stellungnahme zu den Fragen der Landesverteidigung ausdrücklich berufen hatte. Die Verlesung nahm längere Zeit in Anspruch.

Inzwischen waren die Zeugen erschienen mit Ausnahme der Redakteure Unger und Franke, zweier ehemaliger sozialdemokratischer Schriftsteller.

Zunächst wurde der Geschäftsführer der Berliner Brennstoffgesellschaft

#### Brodat,

vernommen, der während des Krieges als Metallarbeiter in einer Berliner Waffenfirma in Wehrdienst tätig war. Er schilderte zunächst die Vorgeschichte des Metallarbeiterstreiks, wobei er die Aufforderung Richard Müllers, des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, in einer Branchenversammlung der Dreher am Sonntag vor Streikausbruch erwähnte.

Vorj.: Hat Müller von den Bestellungen befohlen gesprochen?

## Die Völkerbundtagung.

### Militärkontrolle. — Danzig-Polen. — Saarfrage.

Genf, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwochnachmittag wurde in einer mehrstündigen Geheimtagung das Problem der Entmilitarisierung des Rheinlandes und die Uebernahme der Militärkontrolle durch den Völkerbund besprochen. Das Ergebnis wurde strengstens geheim gehalten. Man spricht jedoch davon, daß die Regelung der vom Völkerbund auszuübenden Militärkontrolle auf die nächste Ratstagung im Juni verschoben werden soll. Der Rat befaßte sich ferner mit der Neugestaltung der Danzig-polnischen Verhältnisse. Er dürfte der polnischen Regierung gegenüber erklären, daß es unmöglich ist, eine grundsätzliche Neugestaltung der Verhältnisse zwischen Danzig und Polen vorzunehmen, da er sich nur an die bestehenden Verträge zu halten und sie anzuwenden bzw. zu interpretieren habe.

Die bisherigen Besprechungen der Ratsmitglieder in der Saarfrage dürften zu dem Ergebnis führen, daß der frühere Antrag Brantings, den Vorsitz der Saarregierungskommission jährlich zu wechseln, angenommen wird. Der Präsident Kautz-Frankfurt würde also lediglich noch in diesem Jahre den Vorsitz der Saarregierungs-kommission übernehmen und ab 1926 durch eine andere Person ersetzt werden. Die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet soll so geregelt werden, daß der Rest Ende Dezember in die Garnison zurückkehrt. Es heißt, daß bereits im laufenden Monat eine Verminderung um 500 Mann vorgenommen werden soll.

### Für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

London, 12. März. (W.T.B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Genf, der Völkerbund habe in nichtöffentlicher Sitzung vereinbart, Deutschland inoffiziell mitteilen zu lassen, daß er der Forderung Deutschlands, im Völkerbundrat mit einem ständigen Sitz vertreten zu sein, zustimme.

### Chamberlains Rede in Genf.

Bei Schluß des Vortages ist der Wortlaut der großen Rede eingetroffen, die Chamberlain im Namen des Britischen Reiches in der Vorkonferenz des Völkerbundes hielt, um die Nicht-ratifizierung des im vorigen Herbst beschlossenen Sicherheitsprotokolls, vor allem auf Grund der negativen Stellungnahme der Dominions, mitzuteilen.

Er ließ allerdings die Möglichkeit einer neuen Prüfung des Protokolls durch die nächste Vollversammlung offen und empfahl mit Nachdruck besondere Garantieverträge zwischen denjenigen Staaten, die aufeinander angewiesen sind. Dies wurde allgemein als eine Aufforderung zu einem deutsch-französischen Sicherheitspakt empfunden.

## Die Entdeutschung Südtirols.

### Kein Anlaß zur Klage — für Faschisten.

Rom, 11. März. (W.T.B.) In der Kammer erwiderte Staatssekretär Grandi auf den Hinweis des Abg. Lunelli, daß nach Südtirol immer wieder der deutschen Sprache unkundige Beamte geschickt würden, die Beamten aus Südtirol gehörten zu den geschicktesten, und ihre Tätigkeit in Südtirol habe zu Klagen keinen Anlaß gegeben. Weiteren Ausführungen Lunellis, daß die südtirolischen Beamten, deren Loyalität er nicht bezweifle, ausgezeichnet seien für Trient, aber nicht für das deutsche Südtirol, begegnete der Staatssekretär mit dem Bemerkten, daß er eine Besprechung der Angelegenheit für inopportun halte.

Der südtirolische Ministerrat hat beschlossen, den Wahlpflichtauschuss zu ersuchen, zehn Mandate der Radikalspartei für nichtig zu erklären und Neuwahlen vornehmen zu lassen. Die Gerichtsbeschlüsse auf Freilassung der verhafteten Oppositionsangeordneten bleiben unangeführt und haben lediglich für die betreffenden Richter nachteilige Folgen.

## „Aber Herr Rechtsanwalt!“

„Ja, ja, Herr Rechtsanwalt, ich will ja keine Redereien machen, sonst könnte ich noch ganz andere Geschichten aufstücken, die wo die Leute von Ihnen erzählen.“ Die Beklagte G. will keine Redereien machen, doch leider tut sie genau das Gegenteil von dem, was sie will: so etwas von Mundwerk wird selbst in den allerhöchsten Weiberprozessen eine Seltenheit sein. Wehe, wenn sie losgelassen! Dreimal Wehe, denn immer ist sie losgelassen!

Einmal geriet sie mit der Klägerin, mit der sie in einem Restaurant zusammen angestellt war, in Streit. „Du hast ja gar keinen Mann. Zweimal hast du dich mit einer Mannsperson abgegeben, und nun sitzt du da mit zwei Kindern ohne Vater. Mein Mann hat mich doch hinterher geheiratet!“

So war es ungefähr gewesen. Einfach, aber gemein. Ein Verleumdung wäre trotzdem möglich.

Vorj.: „Sie wissen doch, daß nach der Reichsverfassung die außereheliche Mutter der ehelichen gleichgestellt ist?“

Beklagte: „Reichsverfassung? Ich bin total aus der Verfassung!“

Vorj.: „Wollen Sie also juristisch sein?“

Beklagte: „Aber beleidigt hat ich die Klägerin und ihre Kinder nicht. Ich soll doch hier bloß mit Füßen getrampelt werden und stillhalten.“

Vorj.: „Als ob Sie sich trampeln lassen, so sehen Sie ja nicht gerade aus.“ — „Also ist die Sache erledigt?“

Die Beklagte schweigt müde.

Vorj.: „Die Sache ist erledigt.“

„Was? Wie? Erledigt? Die mit ihrem Anwalt soll also triumphieren? Ausgeschlossen! Aber da muß die Klägerin mitleiden! Allein zahl ich die Kosten nicht!“ Schreit mit gellender Stimme die Beklagte in den Saal. Obwohl jetzt also die Kosten für die Beklagte sehr gering gewesen wären, wird die Aufnahme des Verfahrens erzwungen. Die Klägerin hat einen Anwalt. Ihr „Hausfreund“ hat Fräulein G. frank und frei behauptet. „Herr Rechtsanwalt, ich will ja keine Redereien machen.“

Die Zeugin, die vernommen wird, hat im Restaurant das ganze Gekläne mit angehört. Die strittigen Worte sind ihr nicht mehr genau im Gedächtnis.

Nun der Eid. „Ach nein, Herr Richter, ich will doch ganz die Wahrheit sagen. Ich bin so aufgeregt. Ich war noch nie vor Gericht. Hurenkinder — ich hab's genau verstanden, Hurenkinder hat sie gesagt.“

Dann stellt der Rechtsanwalt seiner Privatklägerin und den mitbeleidigten Kindern ein glänzendes Zeugnis aus. „Bitte schön, ich hab's sogar schwarz auf weiß“, fährt die Beklagte dazwischen und trägt ihre sämtlichen früheren Zeugnisse zum Richter hin.

Umsonst, umsonst. Jetzt kostet die Sache zehn Tage Haft oder 50 Mk. Geldstrafe.

Da wird die Dame ziemlich kleinlaut. Beammen möchte sie nicht, lieber zahlen.

„Herr Richter, nehmen Sie das Geld auch in Raten an?“

### Kirche gegen Staat.

Im alten Preußen war die evangelische Kirche neben Verwaltung, Justiz, Polizei und Schule eine Hauptstütze der Reaktion. Sie sich damals noch als der Staat ausspielen durfte! Der König war ihr „summus episcopus“ und nach einer kurzen Zeit des Schwelgens kämpften allerhand Seelenhirten wieder dreißig und cottesfürchtig für die Untermonarchie. Sie tun das mit großer Tapferkeit von der Kanzel aus, wo sie vor Widerspruch etwaiger räubiger Herdenmiltäter sicher sind, da solcher als Störung eines Gottesdienstes dem Auge und Arm des Gesetzes weit sicherer nicht entgegen würde als der Mißbrauch der Kanzel zur Hege gegen die Republik. Man erinnert sich noch der Prügelschläge des Herrn Döring im Dom an Reichs- und Landtagsgebäude, die wohl als ein Zeichen dieses neuen Kurzes in der gemessenen „Landeskirche“ angesehen werden konnte. Zum Präsidenten des Oberkirchenrats ist inzwischen ein Mann vom Typ des deutschnationalen Preußenfraktionsführers Winkler gewählt worden — mit demselben verkniffenen heiligen Gesicht und wahrscheinlich einer entsprechenden Bestimmung. Das demonstrative Richtiglaggen der evangelischen Kirchen in den Trauerjahren um den ersten Präsidenten der deutschen Republik war eine auf die Dauer nicht zu überlebende Befundung der Landeskircheneinigung. Und am vorletzten Sonntag, als Friedrich Ebert tot auf der Bahre lag, mußte ein Prediger v. Lange in der Kirche an der Wilhelmstraße in Berlin-Wilmersdorf wie von ohngefähr das Wort des Kaisers zitieren: „Es sei besser, einer sterbe, als ein ganzes Volk um seinetwillen.“ Das verstanden die verammelten Monarchisten natürlich sofort und schlossen es mit demütigen Schmunzeln in dem Herzenskreise ihres christlichen Glaubens der Nächstenliebe ein. Aber — haben andere Leute als Strauß Parteigenossen an solchen Stätten eigentlich noch was zu suchen?

### Sie wollen nur Kanonensutter.

In unserer Nummer 120 vom 12. März haben wir unter dieser Ueberschrift die bestrennbliche Lausache mitgeteilt, daß in einer Versammlung der Kinderreichen in Köpenick der Generalsekretär des Landesverbandes der Kinderreichen, Herr Föllner, für reichen Kinderlegen eingetreten ist, damit der Staat genügend Soldaten habe. Indessen, befremdlich ist diese Lausache nicht, wenn man weiß, daß Herr Föllner Sekretär der „Kreuzzeitung“ ist. Herr Föllner arbeitet im Landesverband der Kinderreichen Hand in Hand mit dem Generalsekretär a. D. Dir, der ein Gehalt von 600 Mk. den Monat erhält. Wie im übrigen die Interessen der Kinderreichen durch den Landesverband gefördert werden, beweist am besten folgende Tatsache: Auf Grund eines Vertrages mit dem Reichsbund der Kinderreichen wurden in einem vierstel Jahre im Namen der Kerntzen der Armen von Werbern 20 000 Mk. gesammelt. 50 Proz. von dieser Summe gingen für Prozedurausgaben ab und die restlichen 50 Proz. für die Verwaltung. So sieht das wahre Bild dieser Vertreter der Kinderreichen aus, welche glauben, die unglückliche Lage der Kinderreichen zu fördern. Der Landesverband der Kinderreichen und sein Generalsekretär Föllner arbeitet und intrigiert warm und mo er nur kann gegen die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“, deren Vorsitzender unser Genosse Rood ist. Hier werden die Interessen der Armen und Kerntzen mit aller Energie wahrgenommen. Das ist Herrn Föllner unangenehm und er versucht, durch alle möglichen Mittel, unseren Genossen Rood abzulösen.

Zu dem Artikel „Sie wollen nur Kanonensutter“ in Nr. 120 vom 12. März teilt uns die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“, e. G. m. b. H., Berlin N. 4, Chausseest. 1, mit, daß sie weder mit dem Landesverband der Kinderreichen noch mit dem Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands identisch ist!

### Die verlockenden Auslandsbriefe.

Das Verschwinden von Auslandsbriefen, die nach Reklamationen der Abnehmer für Berliner Banken eingegangen sein mußten, beschäftigte seit längerer Zeit die Oberpostdirektion und die Kriminalpostdienststelle. In Betracht kam das Postamt C. 2, von dem aus die Briefe hätten bestellt werden müssen. Eingehende Beobachtungen lenkten den Verdacht auf den Hilfspostkassierer Erich David aus der Brüsseler Str. 51, einen 40 Jahre alten verheirateten Mann, der durch große Zechen und Anschaffungen aufsteig. Zur Rede gestellt, leugnete David zunächst jede Veruntreuung. Als man jedoch bei einer Hausdurchsuchung gegen ihn von Bankabrechnungen fand, gab er erst eine Briefunterzeichnung und im weiteren Verlaufe noch zwei zu. Wahrscheinlich sind das aber noch nicht alle. Die Bankaufstellungen fand man zerissen im Kofestraum unter dort aufgestapelten Kohlen. Das Geld aus den Briefen will David, der

